



**Forum Demokratieforschung
Beiträge aus Studium und Lehre**

Working Paper-Reihe
im Fachgebiet Demokratieforschung
am Institut für Politikwissenschaft
der Philipps Universität -Marburg

Working Paper No 4

Die Piratenpartei - Niedergang einer politischen Bewegung?

Hausarbeit im Rahmen des Seminars
"Parteiendemokratie im Umbruch? Parteien und Gesellschaft in Deutschland",
Basismodul „Einführung in das politische System der BRD“ (Wintersemester 2013/2014)
bei Prof'in Dr. Ursula Birsl am Institut für Politikwissenschaft
der Philipps-Universität Marburg

von
Carmelito Bauer

Titelbild: Füllhorn von Christel Irscher (Original: Acryl auf Leinwand 1997)

Impressum

Forum Demokratieforschung, Working Paper Reihe im Fachgebiet Demokratieforschung
Am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps Universität-Marburg,

Beiträge aus Studium und Lehre

Herausgeberinnen: Prof'in Dr. Ursula Birsl, Matti Traußneck (M.A. Politologin), Ina Pallinger

Working Paper No 4 (Mai 2014)

ISSN 2197-9483

<http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/birsl/forumdemokratie>

Kontakt:

Prof'in Dr. Ursula Birsl

Matti Traußneck

Philipps Universität-Marburg

Institut für Politikwissenschaft

Wilhelm-Röpke-Str. 6G

DE-35032 Marburg

E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

matti.traussneck@staff.uni-marburg.de

INHALT

Einleitung	7
1. Theoretischer Überbau: Bewegungen im digitalen Zeitalter	7
1.1 Mobilisierung, Wirkungsdimensionen und Erfolgsbedingungen	7
1.2 Die Netzbewegung - Wir sind die 1%?	9
2. Analyse der Parteigeschichte: Die Piraten als Bewegungspartei?	10
2.1 2006-2009: Entstehung und Entwicklung der schwedischen Piratpartiet	10
2.2 2006-2008: Aufbau der Piratenpartei Deutschland.....	12
2.3 2009: Bewegungspartei	13
2.4 2011-2013: Erfolgswelle, Spannungszonen, kollektive Identität, Generationenkonflikt	14
2.5 2014: Piratenpartei - Quo vadis?	15
3. Fazit: Die Piraten - ohne Platz zwischen Netzbewegung und politischem Parteienbetrieb?	17
Literatur	18

Einleitung

Die Themen der Netzbewegung scheinen in den Medien platziert: Kaum ein Tag vergeht ohne neue Meldungen über den NSA-Skandal und die Enthüllungen eines Edward Snowden. Gleichwohl bleibt der Protest gegen diese Angriffe auf die Grundrechte äußerst verhalten. In der Tageszeitung „taz“ ist von „der großen Stille“ der Netzbewegung die Rede (vgl. Hofmann 2013). Die ZEIT fragt: „Wann kommt endlich der NSA-Protest?“ (vgl. Gamperl 2013). Alex Hensel vom Göttinger Institut für Demokratieforschung spricht von einer „Katerstimmung“ in der Netzbewegung (vgl. Hensel 2013).

Es scheint richtig, dass von Massenmobilisierung nicht die Rede sein kann. Dies verwundert ob der Schwere der geheimdienstlichen Eingriffe in das Privatleben umso mehr, wenn man sich an den Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung ab etwa 2009 erinnert. Während es bei der Vorratsdatenspeicherung lediglich um die Speicherung von Verbindungsdaten, also wann und wo ein Anruf getätigt wird, ging, wurden im Zuge der NSA-Ausspähung erstmals auch die konkreten Inhalte, also was von wem gesendet oder gesagt wurde, gespeichert. Angesichts eines solch historischen Eingriffs in den Datenschutz, die informationelle Selbstbestimmung und das Fernmeldegeheimnis, müsste die Mobilisierung immens sein.

Edward Snowden trat mit seinen Äußerungen mitten im Bundestagswahlkampf 2013 zu Tage. Die Piratenpartei erhebt seit ihrer Gründung Anspruch auf die Netz- und Bürgerrechtspolitik. Gleichwohl schaffte sie nicht den Sprung ins Parlament, während die neu gegründete Alternative für Deutschland nur knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte. Während die AfD den Piraten ein gewisses Protestpotenzial nahm, so stellt sich die Frage, wie es um die Netzbewegung, aus der die Partei einmal entstand, bestellt ist. Mit dem NSA-Skandal scheint die Spitze der Reglementierung und Kontrolle der Echtzeitkommunikation und des Internets erreicht, für eine Internetpartei also eigentlich ein Heimspiel. Dennoch liegt die Partei in aktuellen Umfragen bei lediglich 1%, also noch unterhalb ihrer Ergebnisse in der Aufbauphase um das Jahr 2009 (vgl. Reinbold 2014). Dennoch wird vereinzelt von der Piratenpartei als Bewegungspartei gesprochen (vgl. Jun 2012: 55).

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit diesem Phänomen. Die zentrale Forschungsfrage lautet: *Kann die Piratenpartei angesichts ihrer jüngsten Entwicklung ihrem Anspruch darauf, Bewegungsorganisation der Netzbewegung zu sein, noch gerecht werden?*

In einem ersten Schritt werden einige theoretische Anknüpfungspunkte zur Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen vorgestellt, um dann in einem zweiten Schritt bewegungsähnliche Organisationsstrukturen der Gründungsphase der internationalen Piratenparteien herauszuarbeiten. Darauf folgend wird auf mögliche Zerfallstendenzen angesichts des „Booms“ 2009 und 2011-2012 hingewiesen. In einem weiteren Schritt sollen die aktuellen Entwicklungen in der Folge der Bundestagswahl und der anstehenden Europawahl diskutiert werden.

1. Theoretischer Überbau: Bewegungen im digitalen Zeitalter

1.1 Mobilisierung, Wirkungsdimensionen und Erfolgsbedingungen

Moderne soziale Bewegungen sind mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen, die über eine gewisse Dauer hinweg versuchen, sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen (vgl. Neidhardt/Rucht 1993: 307). Sie sind fester Bestandteil des gesellschaftlichen Wirkens in Deutschland und gleichermaßen

„[...]Produkte und Produzenten sozialen Wandels" (Raschke 1988: 11). Sie reagieren auf neue politische Fragestellungen, auf die die etablierte Politik noch keine (oder eine aus Sicht der Protestierenden unzureichende) Antwort hat. Es gibt verschiedene theoretische Ansätze um die Entstehung und den Erfolg sozialer Protestbewegungen zu analysieren. Sie sollen hier nur kurz vorgestellt werden.

Roth und Rucht nennen als Kernpunkte erfolgreicher Mobilisierung Framing, das Herausbilden einer kollektiven Identität, die Mobilisierung von Ressourcen und moralische Schocks (Roth/Rucht 2008: 655). Framing-Theorien beschäftigen sich mit dem Herausbilden eines gemeinsamen kulturellen Deutungsrahmens, eine gemeinsame Problemdeutung, auf deren Grundlage ein inhaltliches Programm und gemeinsame Handlungsoptionen herausgearbeitet werden können. Im Zentrum des Framing stehen erstens die Identifizierung und Diagnose gesellschaftlicher Probleme, zweitens das Anbieten von Lösungen und drittens Motivationsstrategien zur Mobilisierung von Sympathisanten (vgl. Kern 2008: 142). Framing durchläuft einen strategischen Rahmen, der in der Verbindung von Anschlussfähigem beginnt (frame bridging), die Verstärkung dieser Themen (frame amplification), die thematische Ausdehnung (frame extension), sowie die Durchsetzung neuer Ideen, möglicherweise auf Kosten älterer (frame transformation) (vgl. Kern 2008: 146-149). Als Master Frame bezeichnet man einen Deutungsrahmen, der über eine einzelne Personengruppe hinaus an Bedeutung gewinnt (vgl. Kern 2008: 149-152).

Die kollektive Identität einer sozialen Bewegung lässt sich laut Thomas Kern in drei Dimensionen gliedern. Erstens in eine soziale Dimension, also Attribute, mit denen sich die jeweilige Gruppe von anderen abgrenzt. Von großer Bedeutung ist vor allem die zweite Dimension, die sachliche, also die inhaltliche Abgrenzung zu anderen Gruppierungen. In der dritten Dimension, der zeitlichen, geht es um die Einschätzung der eigenen Entstehungsgeschichte (Kern 2008: 120-121). Kollektive Identität beschreibt also gemeinsame Grundüberzeugungen über politische und gesellschaftliche Problemstellungen und die persönliche Identifizierung mit entsprechenden Werten, Interessen und Zielen (vgl. Kern 2008: 119-122). Eine solche Identifizierung führt zu einem mobilisierenden Kern, welcher die Entwicklung der Bewegung vorantreibt (vgl. Roth/Rucht: S. 654-655).

Die Ressourcenmobilisierungstheorie beschreibt Ressourcen als Einflusspotenziale. „In einem Fall kann ein Akteur dazu gebracht werden, eine bestimmte Handlung auszuführen, in einem anderen Fall dazu, eine bestimmte Handlung zu unterlassen" (Kern 2008: 123). Es geht bei diesem Ansatz also um rationales Handeln und die eigenen Interessen der jeweiligen Akteure. Eine wichtige Ressource stellt vor allem Geld dar. Aber auch personelle Ressourcen, also reine Mitgliederstärke, können eine Rolle spielen. Die einzelnen Mitglieder verfügen beispielsweise in ihrem Charisma und ihrem rhetorischen Geschick über individuelle Ressourcen. Diese werden in sozialen Bewegungen zusammengelegt. Insbesondere föderal strukturierte Bewegungsorganisationen, zu welchen man Bewegungsparteien zählt, sind auf einen stetigen Ressourcenzufluss angewiesen (vgl. Kern 2008: ebd.).

Als moralische Schocks lassen sich besonders einschneidende gesellschaftliche Ereignisse bezeichnen, auf die reagiert werden muss. Als Beispiel können hier das Reaktorunglück von Fukushima für die Atombewegung oder die Erschießung von Benno Ohnesorg für die Studentenbewegung der 68er Jahre genannt werden.

Neben diesen vier Kernmechanismen der Mobilisierung lassen sich noch etliche weitere finden. Für die vorliegende Arbeit sind noch Gelegenheitsstrukturen interessant. Sie umfassen beispielsweise das sich Öffnen einer vormals mit größeren Hürden verbundenen politischen Institution (Beispiel: Fall der 3% Hürde bei der Europawahl). Eine abgeschlossene De-

definition sozialer Bewegungen, eine abgegrenzte Formulierung der Mobilisierungsmechanismen lässt sich nur schwer vollziehen, da sie jeder Bewegung eigen sind.

Die oben genannten Punkte sind Teil umfassender Bewegungstheorien, deren ausführliche Behandlung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Daneben sehen sich die genannten Theorien im wissenschaftlichen Diskurs immer wieder mit dem Vorwurf des Reduktionismus konfrontiert (vgl. Loher 2006: 1). Deshalb wird im Folgenden mit Bezug auf die erkenntnisleitende Fragestellung vor allem auf die Frage eingegangen ob und zu welchem Zeitpunkt die Piratenpartei über eine kollektive Identität, über Ressourcen und über einen gemeinsamen Deutungsrahmen verfügt hat.

1.2 Die Netzbewegung - Wir sind die 1%?

Im Sinne des Aufkommens neuer sozialer Protestbewegungen befand sich die bundesdeutsche Politik zum Zeitpunkt der Entstehung der Piraten in der Situation, dass sie (aus Sicht der Netzbewegung) auf die neu aufkommenden Fragen der digitalen Revolution keine Antworten wusste, sich nicht mit ihnen beschäftigte (vgl. Bartels 2013: 15-16 und Roth/Rucht 2008: 14-15).

In Deutschland entstand die Piratenpartei aus dem Umfeld einer netzpolitischen Bewegung. Akteure und Institutionen innerhalb dieser Bewegung sind der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, welcher die jährlich stattfindende Großdemonstration „Freiheit statt Angst“ in Berlin organisiert, der Arbeitskreis Zensur, der Verein „digitalcourage e.V.“ (ehemals: „FoeBuD e.V.“) und der „CCC“ („Chaos Computer Club“) sowie Portale der Netzbewegung wie „netzpolitik.de“, „gulli.com“ oder auch Technikportale wie „heise.de“ und „golem.de“. Im Wesentlichen sind dies die Sammelpunkte für Debatten rund um das Urheberrecht und/oder bürgerrechtspolitische Fragen, gleichzeitig auch Akteure in netzpolitischen Fragen mit einem bestimmten Mobilisierungspotenzial. Auf diesen Plattformen wurde bereits vor dem Aufkommen der Piratenpartei gegen Einschränkungen der Bürgerrechte mobilisiert.

Diese Akteure gehören der ersten Generation der Netzbewegung an. Diese stellt die „digitale Avantgarde“: Menschen, die 1970-1980 geboren und im Aufstieg des Digitalen sozialisiert worden sind (vgl. Hensel 2013). Sie formulieren handfeste politische Forderungen und gründeten die oben genannten Organisationen. Es sind vorwiegend Männer, die auch beruflich eine hohe Affinität zu netzpolitischen Themen aufweisen (vgl. Hensel/Klecha 2013: 10).

Dem gegenüber steht ein zweite Generation der Netzbewegung: die „digital natives“. Hier handelt es sich um junge Menschen, geboren ab Beginn der 90er Jahre. Sie sind in einer Zeit aufgewachsen, in der das Digitale zunehmend zum Alltag gehörte, weswegen sie sich intuitiv auf der Seite des Internets verorten (vgl. Hensel 2013). Während die älteren vorwiegend eigene Blogs benutzen, sind die jüngeren mit sozialen Netzwerken wie Facebook, Youtube und Reddit aufgewachsen und nehmen es hin, dass diese Dienste kommerzielle Angebote großer Konzerne sind. Sie haben ein breites und verspieltes Interesse an Politik, selten jedoch handfeste Visionen oder Konzepte (vgl. Hensel 2013). Der Frauenanteil unter ihnen ist ähnlich dem Nutzungsverhalten sozialer Netzwerke wesentlich ausgeglichener (etwa 50%) (vgl. Röhl 2010: 215).

Beide Generationen konnten im Rahmen des Protestes gegen das „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“ (ACTA), einem Abkommen gegen Produktpiraterie, gemeinsam mobilisieren und somit bundesweit gut besuchte Demonstrationen vorweisen. Die Demonstranten befürchteten eine tiefgreifende Zensur des Internets. Als die Protestwelle vorüberging, schien sich die jüngere Generation jedoch wieder in ihren Alltag zu verabschieden, und bei der künf-

tigen Mobilisierung musste die ältere Generation mit einer Bruchzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufwerten.

Es gibt also eine deutsche Netzbewegung, die sich in zwei Generationen gliedert. Die ältere Generation verfügt über eine kollektive Identität, die vom digitalen Wandel ausgeht. Gesellschaftliche Fragen werden aus einem Deutungsrahmen heraus beantwortet, der vor allem technische Strukturen auf politische Debatten überträgt. Sie orientieren sich an Konzepten wie "freien Lizenzen und kollaborativer Software- und Kulturproduktion" (Hensel 2013). Die jüngere Generation sieht sich in ihrem Lebensraum gefährdet, hat aber mit der Haltung der Älteren nicht viel gemein. Sie ist digital sozialisiert und nutzt in hohem Maße die sozialen Netzwerke, eine Identifizierung mit netzpolitischen Bestrebungen folgt daraus aber nicht zwangsläufig. Ihnen „mangelt es an einer übergeordneten Erzählung“ (Hensel 2013). Diese zwei Generationen machen sich im Laufe der Geschichte der Piratenpartei ebenfalls bemerkbar.

Hervorzuheben ist außerdem, dass die Netzbewegung eine sehr kleine Nische in der deutschen Bewegungsgesellschaft ist. Etwa 1/3 der Wählerschaft der Piraten gab an, die Partei aufgrund ihrer Themen zu wählen. Die größten netzpolitischen Demonstrationen umfassten lediglich 20.000 Teilnehmende. In den meisten repräsentativen Umfragen zur Frage, was wichtige politische Probleme Deutschlands sind, taucht Netzpolitik gar nicht auf (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2014). Gemessen an den Wahlergebnissen der Piraten umfasst die deutsche Netzbewegung, bestehend aus dem beständigen Teil der Älteren Generation, etwa 1-2% der Wahlberechtigten. Der unbeständigere Teil, die „digital natives“, sind ein kaum messbares Potenzial. Streng genommen umfassen sie alle jungen Menschen, die mit dem Internet sozialisiert worden sind. Dass ihre Anzahl groß ist spiegelt sich in den Wahlergebnissen der Piraten wieder: 15% der 18-24-jährigen Männer haben die Piraten in Berlin gewählt, 18% waren es im Saarland. Bei den Frauen der gleichen Altersgruppe war der Anteil um etwa 5% niedriger (Niedermayer 2012b: 69).

2. Analyse der Parteigeschichte: Die Piraten als Bewegungspartei?

2.1 2006-2009: Entstehung und Entwicklung der schwedischen Piratpartei

Die internationalen Piratenparteien nahmen ihren Anfang in Schweden. Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts war die schwedische Bevölkerung flächendeckend mit Breitbandinternet ausgestattet. Die Schwedinnen und Schweden messen dem Internet eine höhere alltägliche Bedeutung zu, als dies in Deutschland üblich ist (vgl. Bartels 2012: 17). Seit diese umfangreiche Benutzung des Internets möglich ist, spielen physische Datenträger von urheberrechtlich geschütztem Material nahezu keine Rolle mehr. Mit der Einführung von datensparamen .mp3-Dateien und äquivalenten Videoformaten wurde das Herunterladen von Mediendateien über sogenannte Tauschbörsen äußerst komfortabel. Die Gesetzgebung in Urheberrechtsfragen war diesen neuen Umständen jedoch noch nicht angepasst, was zum zentralen Konfliktpunkt für die schwedische Netzgemeinde und die Rechteinhaber der Unterhaltungsindustrie wurde (vgl. Bartels 2012: 18-21).

Als Reaktion auf die drastisch zunehmenden Urheberrechtsverletzungen gründete die schwedische Unterhaltungsindustrie 2001 das „Antipiratenbüro“. Hiermit wurde der Versuch unternommen, die sogenannten „Filesharer“, also jene Internetnutzerinnen und -nutzer, die Mediendateien über Tauschbörsen verbreiteten oder bezogen, als „Softwarepiraten“ zu denunzieren (vgl. Bartels 2012: 18). Das „Antipiratenbüro“ nahm großen Einfluss auf die schwedische Gesetzgebung. Die Exekutive war angehalten, bei Verdachtsfällen weitaus här-

ter durchzugreifen. Im Mai 2005 wurde ein neues Urheberrecht verabschiedet, welches auf die Forderungen der Unterhaltungsindustrie einging, und das Anbieten und Herunterladen von Mediendateien unter Strafe stellte (vgl. Bartels 2008: 18-19).

Diese dem Aufkommen des Internets angepasste Gesetzgebung kriminalisierte weite Teile der schwedischen Bevölkerung und provozierte die Formierung einer Gegenbewegung. Im Jahr 2003 gründeten die Interessenvertreterinnen und -vertreter das „Piratenbüro“, dessen Namensgebung als Reaktion auf die versuchte Denunzierung durch die Unterhaltungsindustrie fungierte (vgl. Bartels 2012: 18). Aus dem Umfeld des „Piratenbüros“ gründeten Aktivistinnen und Aktivisten 2004 die Medientauschbörse "The Pirate Bay", welche bis heute zu den größten Downloadportalen gehört (vgl. Bartels 2012: Ebd.). „The Pirate Bay“ ist eine Torrent-Plattform: Auf der Seite selbst finden sich keine Mediendateien, lediglich Dateien, die mit einem speziellen Programm zu öffnen sind und kleinste Datenbruchstücke über Linklisten dezentral aus der ganzen Welt bezogen. Dieses neue Konzept steigerte die Geschwindigkeit von Up- und Downloads massiv und sorgte für eine wesentlich schwerere Verfolgung der Anbieter und Bezieher von Mediendateien.

Das verschärfte Urheberrecht und die EU-Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung waren der Hauptanstoß zur Gründung der schwedischen Piratpartei. Ähnlich wie das „Piratenbüro“ griff auch die Partei den Kampfbegriff der Rechteverwerter auf. Zunächst fokussierte sich die neu gegründete Partei auf die Teilnahme an den schwedischen Reichstagswahlen 2006. Das Sammeln der 2000 hierzu notwendigen Unterstützerunterschriften gelang durch die öffentliche Berichterstattung rund um eine Razzia gegen "The Pirate Bay" in kurzer Zeit. Gleichwohl erhielt die Partei bei der Wahl nur 0,63% der Stimmen. Insbesondere die Grünen und die Linken haben den Piraten durch Standpunktanpassungen in Urheberrechtsfragen den Wind aus den Segeln genommen (vgl. Bartels 2008: 21).

Einen starken Auftrieb erreichten die schwedischen Piraten 2009 durch das Gerichtsverfahren gegen die Gründer von "The Pirate Bay", welche zu Geldstrafen in Millionenhöhe und Haft verurteilt wurden. Zur selben Zeit wurde die umstrittene IPRED Richtlinie umgesetzt, welche den Rechteverwertern der Unterhaltungsindustrie umfassende Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen an die Hand gab, was den Startschuss für die Abmahnung von „Filesharern“ bedeutete (vgl. Bartels 2012: 22). Urheberrechtspolitik rückte in das Zentrum des Europawahlkampfes in Schweden und die Piraten konnten sich als kompetente Kraft auf diesem Gebiet in der öffentlichen Wahrnehmung platzieren. Somit erzielte sie 7,13% der Stimmen und entsandte einen Abgeordneten, später noch eine Nachrückerin, in das europäische Parlament.

Das Mitgliederniveau der schwedischen Piratenpartei ist in dieser Zeit auf rund 50.000 herangewachsen. Gleichwohl ist die Mitgliedschaft mit wenigen Klicks und ohne Zahlung eines Mitgliedsbeitrages möglich, sodass Henning Bartels sie vor allem als "Solidaritätsbekundung" in der "The Pirate Bay" und IPRED Frage wertet (Bartels 2008: 24). Die Folgen wurden bei der Reichstagswahl 2010 deutlich: Die Partei erreichte nur 0,65% der Stimmen und in der Folge schmälerte sich ihre Mitgliederanzahl wieder auf rund 8000. Eine dauerhafte Mobilisierung der Netzgemeinde war nicht möglich, da insbesondere die Folgen der neuen Gesetzgebung nur wenige Menschen wirklich zu spüren bekamen. Auch hier machen sich die Mobilisierungsschwierigkeiten der Netzbewegung wieder bemerkbar: Die jüngere Generation der Netzbewegung protestiert unbeständig und vor allem aufgrund der als unmittelbar empfundenen Folgen, was längerfristige Bindungen erschwert.

2.2 2006 - 2008: Aufbau der Piratenpartei Deutschland

Bei der Gründung der Piratenpartei Deutschland in Berlin 2006 war die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und die Forderung nach einer Umstrukturierung des Urheberrechts zentral. Thematisch war die Neugründung breiter als die der schwedischen Mitstreiterinnen und Mitstreiter aufgestellt: Das Urheberrecht wurde in einen netzpolitischen Gesamtkontext eingewoben, in dem auch Bürgerrechte, Freiheit und Menschenrechte eine Rolle spielten. Dies kann man als ersten Ansatz der Entwicklung eines gemeinsamen Deutungsrahmens werten.

Nahezu sinnstiftend sind bei den Piraten auch die für Online-Debatten typische Diskussionskultur und offene, informelle (Mitmach-)Strukturen. In seiner Analyse der Online-Protestbewegungen arbeitet Manuel Castells einige Charakteristika der Onlinebewegungskultur heraus:

„In all cases the movements ignored political parties, distrusted the media, did not recognize any leadership and rejected all formal organization, relying on the Internet and local assemblies for collective debate and decision-making“ (Castells 2013: S. 4).

Im Kern entspricht dies auch den innerparteilichen Organisationsstrukturen, die seit Gründung der Piratenpartei einem basisdemokratischen Ideal, flachen Hierarchien und niedrigschwelliger Mitbestimmung verschrieben sind. Diese orientieren sich an den Standards der Internetkultur: Offene Kommunikationsstrukturen, freie Lizenzen, kollaborative Zusammenarbeit und Reproduktion (vgl. Hensel 2013). Somit findet die inhaltliche und organisatorische Arbeit der Piraten vor allem online und von zu Hause aus statt. Sogenannte „Pads“ dienen dazu, dass mehrere Menschen in Echtzeit an einem Dokument arbeiten können. Im „Wiki“ werden nach dem Vorbild der Wikipedia-Software zentral alle Informationen, Anträge, Organisationsprojekte, usw. gesammelt. In Internet-Telefonkonferenzen per „Mumble“ werden Vorstandssitzungen und Diskussionsrunden veranstaltet. Die klassischen Stammtische, die auch bei anderen Parteien existieren, sind informeller Natur. Auch Parteitage werden nach dem Prinzip der Offenheit veranstaltet: Grundsätzlich ist jedes Mitglied antrags- und redeberechtigt (vgl. Hensel/Klecha 2013: 17-20).

Auch ein weiterer Teil aus Castells Charakterisierung trifft auf die Piraten zu:

„[...]denn abgesehen von den beschriebenen subkulturellen Wurzeln agiert die Piratenpartei geradezu entrückt, scheut Kontakte zu Institutionen und Vereinigungen. Korporatistische Strukturen sowie die Macht von Lobbyorganisationen sind den Piraten verdächtig“ (Hensel/Klecha 2013: 22).

Jenseits netzpolitischer Institutionen und Akteure scheut die Piratenpartei bis heute den Kontakt zu Akteuren und Lobbies (vgl. Hensel/Klecha 2013: Ebd.).

In der Gründungsphase von 2006-2008 lassen sich erste Ansätze einer Bewegungspartei erkennen, denn die Piraten operierten im Umfeld einer netzpolitischen Bewegung und institutionalisierten deren Anliegen. Dennoch war sie, angesichts ihres Ranges als Kleinstpartei, nicht zu größeren Wählermobilisierungen in der Lage, konnte noch nicht als ernstzunehmende politische Kraft agieren. Es mangelte ihr an personellen Ressourcen, an Mitgliedern, die über die nötige Expertise im Ausrichten von Großveranstaltungen, in der Gestaltung von Kampagnen und Informationsmaterial und in der Pressearbeit verfügten. Gleichzeitig mangelte es ihr auch an finanziellen Ressourcen: Zu dieser Zeit erhielt die Partei noch keine Wahlkampfkostenrückerstattung und aufgrund der niedrigen Mitgliederanzahl auch nur einen geringen Teil des ohnehin günstigen Mitgliedsbeitrages. Dies änderte sich mit einem Mitgliederboom im Jahr 2009.

2.3 2009-2010: Bewegungspartei

Im Jahr 2009 geriet ein Vorstoß der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen in den Fokus der deutschen Piratenpartei. Mit einem „Zugangerschwerungsgesetz“ sollten Internetseiten mit kinderpornographischem Inhalt gesperrt werden. Dies sorgte für einen Aufschrei in der Netzgemeinde, waren den "digital natives" doch schnell drei Dinge bewusst: 1. Die Sperre könne über die Interneteinstellungen schnell umgangen werden. 2. Die Sperren schüfen eine Infrastruktur, die für Zensurzwecke missbraucht werden könnte. 3. Die Sperren seien nicht wirksam im Kampf gegen Kindesmissbrauch. Hensel und Klecha bezeichnen die öffentliche Debatte, die von den Piraten den ironischen Beinamen "Zensursula" erhielt, als "politisches Erweckungserlebnis" (Hensel/Klecha 2013: 11).

Im Umfeld der Piratenpartei organisierte sich Onlineprotest in den sozialen Netzwerken mithilfe von Gruppen, Unterstützungsunterschriften und Online-Petitionen. Doch erst als die Große Koalition das Gesetzesvorhaben ohne Beachtung der Gegenargumente umsetzte, kam es zu ersten Großdemonstrationen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen (vgl. Niedermayer 2012a: 35-36).

Oskar Niedermayer geht davon aus, dass „[...] der Grundstein für die Haltung vieler netzaffiner Bürgerinnen und Bürger[...], die Piratenpartei als ihre einzige politische Interessenvertretung anzusehen“ in dieser Zeit gelegt wurde (Niedermayer 2012a: 36). Die (vorwiegend jungen) Streiterinnen und Streiter für die Freiheit im digitalen Zeitalter, insbesondere solche, die mit dem Internet aufgewachsen waren und die ihm inhärente grenzenlose Debattenkultur schätzten, wurden auf die Piratenpartei aufmerksam. Der STERN sprach vom „Aufstand der Computerkinder“ (Peter 2009).

Die deutsche Piratenpartei entwickelte in dieser Zeit ihren eigenen Deutungsrahmen, der die wesentlichen Aspekte der einzelnen Akteure der Netzbewegung (Tauschbörsen, Anti-Zensur- und Anti-Vorratsdatenspeicherungsbestrebungen) in sich vereinte. Freiheit wurde ein zentraler Wert und vor allem als Abwesenheit staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre verstanden.

Die Piraten konnten im Jahr 2009 ihre Mitgliederbasis deutlich ausbauen. Dies hängt auch mit dem Übertritt des SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss zusammen, der den Piraten ihr erstes fraktionsloses Bundestagsmandat bescherte. Der Erfolg der schwedischen Partei sorgte auch in Deutschland für gesteigerte mediale Aufmerksamkeit, die bis zur Bundestagswahl anhielt, wo sie mit rund 2% der Stimmen einen ersten Achtungserfolg erzielte. Das Bild, welches die Partei 2009 darbot, wurde vor allem auf der Demonstration „Freiheit statt Angst“ im September des Jahres deutlich. Die ZEIT sprach von einem „bunten Protest“ der Netzgemeinde, die sich hier erstmals in die zwei oben genannten Generationen gliederte. Neben ihrer kollektiven Identität und einem daraus resultierenden gemeinsamen Deutungsrahmen in netzpolitischen und grundrechtlichen Fragen konnte die Piratenpartei ihre organisatorischen Ressourcen ausbauen, denn ihre Mitgliederzahl stieg 2009 auf rund 10.000 an (Niedermayer 2012a: 39). Dies führte zu höheren Einnahmen durch den Mitgliedsbeitrag und den Zugewinn an professionellem Personal wie ehemaligen Bundestagsabgeordneten (neben Tauss auch Angelika Beer (Grüne) und Herbert Rusche (Grüne)) und Menschen mit informationstechnologischem Hintergrund. Dies schuf eine Basis für die Mobilisierung von Anhängerschaft und Wählerschaft.

2.4 2011-2013: Erfolgswelle, Spannungszonen, kollektive Identität, Generationenkonflikt

Im Jahr 2011 erzielte die Piratenpartei einen Sensationserfolg: Mit 8,9% schickte sie ihre gesamte Landesliste in das Berliner Abgeordnetenhaus. In Umfragen zu den Beweggründen der Wählerinnen und Wähler wurden zu zwei Drittel "Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien" und nur zu einem Drittel "wegen der Inhalte" angegeben (Niedermayer 2012b: 71). Während einerseits von einer hohen Anzahl an Protestwählern (die mittlerweile zur AfD abgewandert sind) auszugehen ist, so lässt sich eine gewisse Kernwählerschaft ausmachen, die Oskar Niedermayer als „jung, männlich und netzaffin“ beschreibt. Diese verfügt über einen hohen Identifizierungsgrad mit den Zielen der Partei und stammt aus dem Umfeld der Netzbewegung.

In der darauffolgenden Zeit, die von einer äußerst wohlwollenden Berichterstattung geprägt war, zogen die Piraten noch in etliche Kommunalparlamente und drei weitere Landtage ein. Die Landtagswahl in Niedersachsen 2013 war der erste Misserfolg seit der Abgeordnetenhauswahl in Berlin. In der innerparteilichen Auseinandersetzung machten sich erste Probleme des Mitgliederbooms der vergangenen Jahre (im Zuge der Wahlerfolge stieg die Mitgliederanzahl auf über 30.000 an) bemerkbar.

Die Parteimitglieder, die der älteren Generation der Netzbewegung angehörten, bezeichneten sich in der Debatte um eine Programmweiterung als „Kernies“ und standen ihr kritisch gegenüber. Das Parteiprogramm bis zum damaligen Zeitpunkt wird von Hensel und Klecha historisch in der „Hackerethik“ verortet:

„Für die Hackerethik ist die freie Zugänglichkeit aller Informationen ebenso zentral, wie es die Freiheit schöpferischer technischer Entwicklung und Reziprozität sind. Immaterielle Güter [...] werden nicht als nutzungsbeschränktes Eigentum anderer aufgefasst, sondern sollen verfügbar und jederzeit modifizierbar sein“ (Hensel/Klecha 2013: 42).

Zugrunde liegt ein optimistisches Menschenbild gepaart mit „Plattformneutralität“, welche bedeutet, dass man Menschen Infrastruktur nicht nur zur Verfügung stellt, sondern den Zugang zur ihr diskriminierungsfrei ermöglicht. Die „Hackerethik“ weist Verbindungslinien zum klassischen Liberalismus auf (vgl. Hensel/Klecha 2013: Ebd.). Die Partei verordnet sich jedoch nicht im Wirtschaftsliberalismus, wobei 2009 die Selbstzuschreibung „sozialliberal“ im Zuge der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen entwickelt wurde. Diese Zuschreibung ist innerparteilich jedoch umstritten und eine umfassende wirtschaftspolitische Ausrichtung nicht existent (vgl. Hensel/Klecha 2013: Ebd.).

Die genannte programmatische Erweiterung wurde von jenen Mitgliedern vorangetrieben, die ab 2009 stetig und ab den Wahlerfolgen massiv in die Partei eingetreten waren. Diese gehörten vorwiegend der Generation der „digital natives“ an und wandelten das Image der Partei von der „Kellerkindpartei“ hin zu einer „hippen und urbanen Partei“ (Hensel/Klecha 2013: 62). Der Mangel einer klaren politischen Grundüberzeugung, demgegenüber jedoch das Interesse für viele Politikfelder waren die Antriebsfeder für die Erweiterung der Parteiprogrammatik insbesondere im sozialpolitischen und bildungspolitischen Feld (vgl. Hensel 2013). Gleichwohl zog dies eine neue innerparteiliche Konfliktlinie, die aber durch den erfolgsversprechenden Wahlkampf überschattet wurde. Erst als sich der Misserfolg einstellte, wurde die Unmut der beiden Seiten gegeneinander deutlich.

Der Konflikt erreichte einen ersten Höhepunkt, welcher vorwiegend von der damaligen Vorstandsbesitzerin Julia Schramm abgebildet wurde. Sie stieß eine Bewegung der Internetexhibitionisten an, die „Spackeria“ oder „Post-Privacy-Bewegung“, welche „Datalove“, also das möglichst umfangreiche Veröffentlichen privater Lebensausschnitte auf sozialen

Netzwerken, propagierte. Sie personifizierte das Nutzungsverhalten sozialer Netzwerke durch die „digital natives“, stieß aber bei der älteren Generation der Internetaktivisten auf massive Kritik (vgl. Reißmann 2011). Hinzu kam, dass sie in ihrer Vorstandszeit Ende 2012 einen Roman zum Thema veröffentlichte, für den sie einen Honorarvorschuss von 100.000€ erhielt. Ihr Verlag ging massiv gegen Urheberrechtsverletzungen im Zusammenhang mit ihrem Buch vor. Auch dies war ein Bruch mit der Programmatik der Partei.

Neben Schramm provozierten auch die unsouveränen medialen Auftritte des damaligen politischen Geschäftsführers Johannes Ponader massive Kritik. Er thematisierte seinen Bezug von Arbeitslosengeld II regelmäßig in Talkshows und erntete dafür in öffentlichen Debatten Hohn. Ferner fand, wo immer er mitwirkte, keine Debatte über die eigentlichen Themen der Partei statt (vgl. Hensel/Klecha 2013: Ebd.).

Dies führte auch dazu, dass die Piraten auf die Netzbewegung immer diffuser wirkten: Auf welche netzpolitischen Inhalte konnte sie sich angesichts der inhaltlichen Ausweitung und der Widersprüche noch verlassen? Die Piraten verloren zu diesem Zeitpunkt ihren bewegungsförmigen Charakter.

Als Folge des Wahlerfolgs stiegen auch die Anforderungen an die Organisationsstrukturen der Partei und es geschahen Pannen. Die Listenaufstellung für die Landtagswahl in Niedersachsen wurde zunächst erfolgreich angefochten und war auch im zweiten Durchlauf nicht erfolgreich. Dies prägte in der medialen Darstellung das Bild einer „Chaotenpartei“ (vgl. Hensel/Klecha 2013: 14).

Was zeigen die oben genannten Spannungspotenziale? Die Piratenpartei stand vor ähnlichen Konfliktlinien wie die Netzbewegung selbst. Grob lassen sich diese Konflikte als Generationenkonflikt bezeichnen, welcher einen Mangel an kollektiver Identität hervorruft. Die jüngere Generation deutet politische Probleme anders, als die ältere, was dazu führt, dass selbst die Bedeutung der Kernthemen der Piratenpartei in Frage gestellt wird. Die ältere Generation schaffte es wiederum nicht, die jüngere zu integrieren, weshalb letztere eigene Ambitionen verfolgte, wie es sich im Verhalten Schramms zeigte. Ein gemeinsamer Deutungsrahmen existierte nicht mehr, viel mehr ein erbitterter Kampf zwischen Netzpolitikern („Kernies“) und Vertretern eines Vollprogramms („Vollies“).

Zur Bundestagswahl 2013 verfügte die Partei folgerichtig über eine schmale Basis zur Wählermobilisierung. Angesichts immer neuer Enthüllungen über die umfassende NSA-Bespitzelung fragte sich ein großer Teil einst euphorischer Piratenwählerinnen und -wähler: Wo ist die Stimme der Netzpartei? Doch die innerparteilichen Konflikte erschwerten eine inhaltliche Zusammenarbeit der Streitenden. Während die Tiefe des Eingriffs durch die NSA fast schon als moralischer Schock zu werten ist (die Piraten wurden mit ihrer Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung 2009 in Teilen noch als Verschwörungstheoretiker tituliert), so bietet sie vor allem eine Gelegenheit sich in dieser Frage als Experten in den Medien zu positionieren. Seit der Niedersachsen-Schlappe schafft die Partei es fast ausschließlich durch Konflikte und Negativ-Schlagzeilen in die Presse. Diese Konfliktlinien verschärften sich im Jahr 2014 abermals.

2.4 2014: Piratenpartei - Quo vadis?

In diesem Jahr kulminieren die vorangegangenen Konfliktlinien in einem groß angelegten Richtungsstreit. Während sich insbesondere der jüngere Teil der Partei selbst eher linkspolitisch verordnet und neben dem BGE auch klassische Programmpunkte der linken Parteien übernehmen möchte (Asylpolitik, Ablehnung des Extremismusbegriffs, Antikapitalismus, Antifaschismus), lehnen die alteingesessenen Mitglieder eine derartige programmatische Ausweitung ab und fordern eine Rückbesinnung auf die Netzpolitik. Die Onlinediskussionen

zeichneten sich zunehmend durch Polemiken und Beleidigungen aus, was Austritte von ehemaligen Vorständen und Bundestagskandidaten provozierte (Wyputta 2014).

Der in der Geschichte der Partei immer wiederkehrende Vorwurf der Selbstbeschäftigung wurde Anfang März 2014 auf die Spitze getrieben, als in Dresden eine Europakandidatin und eine Vorstandskandidatin der Partei barbusig (nach dem Vorbild der Organisation „FEMEN“) dem Verantwortlichen für die Bombardierung Dresdens, Arthur Harris, dankten. Die Reaktionen auf diese Aktion reichten von Solidaritätsbekundungen bis hin zu Morddrohungen. Der Konflikt des linken gegen den gemäßigten Flügel sorgten für den Rücktritt von drei Bundesvorstandsmitgliedern der Partei, was einen außerordentlichen Bundesparteitag erzwang. Daneben streikten im „Orgastreik“ Teile der Parteiverwaltung, was die lebenswichtige Internetinfrastruktur der Partei für einige Tage lahmlegte (Spiegel Online 21.02.2014). Auch dies goss weiteres Öl ins Feuer. In Folge findet der Europawahlkampf äußerst eingeschränkt statt, denn verschiedene Gliederungen boykottieren ihn aufgrund der Konflikte rund um die Dresdner Aktion (vgl. Süddeutsche 17.03.2014).

Die anfänglichen Mangelercheinungen der kollektiven Identität sind nun zu massiven Konfliktlinien herangewachsen. Der Richtungsstreit „links-gemäßigt“ ist ein komplexes Spannungsfeld sehr unterschiedlich motivierter Parteimitglieder. Es gibt nahezu demokratietheoretische Ansätze mancher Gliederungen, die der Partei eine große Diskussion über das Für und Wider basisdemokratischer aufbürden und dieser Debatte inhaltliche Weiterentwicklung unterordnen. Es gibt linke Verbände, die die Piraten zu einer antikapitalistischen Partei entwickeln wollen. Es gibt „Kernies“, die die Piraten weiterhin als Partei der Netzbewegung sehen und es gibt innerhalb der Mandatsträger solche, die an parlamentarischer Arbeit jenseits der inneren Konfliktlinien interessiert sind (vgl. Süddeutsche 2014). Ein gemeinsamer Deutungsrahmen existiert jedoch nicht mehr, denn die Vorstellung einer Weiterentwicklung der Partei gehen sehr stark auseinander und erscheinen als nicht vermittelbar. Angesichts der Austritte, dem damit verbundenen Rückgang der Mitgliedsbeiträge und der durch Nicht-einzug in Parlamente zurückgehenden Wahlkampfkostenrückerstattung ist auch ein starker Verlust an Ressourcen zu verzeichnen, was aktuelle und künftige Wahlkämpfe erschwert (vgl. Voß 2014).

Neben der Problematik, dass die Piraten keine bewegungsförmige Organisationsstruktur mehr aufweisen und sich in ihren Inhalten sehr wesentlich von den Kernforderungen der Netzbewegung entfernt haben wird auch ein Grundkonflikt deutlich, der sich als Dilemma zwischen Bewegung und Partei bezeichnen lässt. Netzpolitik und Urheberrecht reichten zur Mobilisierung bei der Bundestagswahl 2013 nicht aus (vgl. Richter 2013: 32). Der Konflikt der Piraten lag jedoch nicht darin, dass sie ihren „Zeitgeist verlor“ (Richter 2013: 28), denn das Wählerpotenzial einer reinen netzpolitischen Partei wird ohnehin als niedrig eingeschätzt. Viel mehr verfügt die Partei wenn überhaupt, über ein äußerst diffuses Rollenverständnis. Sie erweiterte ihr inhaltliches Profil und distanzierte sich in Teilen sogar selbst (siehe Schramm) von der Netzbewegung. Da ihr Programm insbesondere außerhalb der netzpolitischen Fragen wenig belastbar erscheint und sie über kaum charismatisches Personal verfügt, kann sie jedoch nicht als Partei wirken. Der Konflikt um die Ausrichtung der Partei kann also auch als Konflikt zwischen Anhängern einer bewegungsförmigen Organisation und Anhängern einer politischen Partei gesehen werden. Gleichwohl lähmt die „Selbsterfleischung“ der Piraten ihre programmatische Selbstfindung, weshalb viele einst als visionär empfundenen Vorschläge wie das Grundeinkommen letztlich auf dünnem inhaltlichen Fundament stehen.

Die Netzpolitik hat wenig Potenzial, viele Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, wie sich bereits in Schweden zeigte. Hinzu kommt allerdings auch, dass die anderen Parteien

auf die Piraten reagierten, netzpolitische Standpunkte übernahmen und eine „Verjüngungskur“ durchliefen (Niedermayer 2012d: 237-238). Für die „digital natives“ wurde es nicht mehr selbstverständlich, sich inhaltlich bei den Piraten heimisch zu fühlen.

3. Fazit: Die Piraten - ohne Platz zwischen Netzbewegung und politischem Parteienbetrieb?

Die Ausgangsfrage dieser Analyse war, ob die Piraten ihrem Anspruch noch gerecht werden können, die Bewegungspartei der Netzbewegung zu sein. Es wurde herausgearbeitet, dass dieser Anspruch vor allem in der Gründungs- und Aufbauphase Gültigkeit besaß. Als politische Partei mussten sich die Piraten inhaltlich verbreitern, was bei netzpolitischen Parteimitgliedern und Organisationen zu einem Aufschrei führte. Die Wahlerfolge nahmen den Fokus von der Richtungsdebatte, verlagerten die Spannungen aber nur bis zum ersten Misserfolg, wo sie sich dann entluden. Die Partei verfügt in ihrem jetzigen Zustand über keine kollektive Identität: Selbst in ihren Kernanliegen, der Netzpolitik und dem Urheberrecht, gibt es viele innerparteiliche Akteure mit unterschiedlichen, gar konträren Auffassungen, weshalb sie den Anschluss an die Netzbewegung verloren hat. Dies wird auch durch die Ablehnung eines Vollprogramms durch die „Kernies“ bekräftigt. Es gibt also keinen gemeinsamen Deutungsrahmen mehr. Ein zunehmender Mangel an organisatorischen Ressourcen führt ebenfalls zu Problemen für die Partei.

Der aktuelle Richtungsstreit lässt die Piraten nicht mehr als politische Partei wirken, ihren Anspruch darauf, eine Bewegungsorganisation zu sein, hat sie jedoch ebenfalls verloren. Es ist den Piraten zwar nahezulegen, sich auf ihre Existenz als Partei im politischen Spektrum Deutschlands zu fokussieren, doch auch in dieser Frage gibt es zwei Probleme. Erstens scheiterte eine reine Netzpartei bereits im vergleichsweise netzaffinen Schweden. Zweitens ist die innerparteiliche Lage zurzeit derart angespannt, dass eine gemeinsame programmatische Weiterentwicklung unmöglich erscheint.

Oskar Niedermayer nennt als Karrierestufen politischer Parteien Wahlteilnahme, Wettbewerbsbeeinflussung, parlamentarische Repräsentation, koalitionsstrategische Inklusion, Regierungsbeteiligung und Regierungsübernahme (Niedermayer 2012c). Drei dieser Stufen hat die deutsche Piratenpartei bereits erklommen. Sie beeinflusste die netzpolitische Programmatik der etablierten Parteien und drängte diese zur Nutzung von Internetplattformen (vgl. Richter 2013: 33). Die Partei steht nun vor der Aufgabe, neue Fahrwasser zu erschließen, um sich als politische Partei zu behaupten. Hierbei ist offen, wie die Partei mit den aktuellen Konflikten umgehen wird.

Als das Phänomen der „Filter-Bubble“ bezeichnet man die Herausbildung einer persönlichen Öffentlichkeit im Zuge der Nutzung von Onlinemedien und Sozialen Netzwerken. Solche Kommunikationsblasen führen insoweit zu einer Beschränkung des eigenen Horizonts, als dass Streitpunkte oft nicht aus der „Blase“ der Online-Peergroup heraus an die Öffentlichkeit gelangen. Es besteht also eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und persönlicher Öffentlichkeit. Diese Tatsache könnte dazu führen, dass die innerparteilichen Streitigkeiten keine Auswirkung auf die Wahrnehmung der Partei innerhalb der Bevölkerung haben. Um sich erfolgreich in den Medien zu platzieren, benötigt die Partei aber organisatorische Ressourcen und Akteure, die gewillt sind, zusammen zu wirken. Umfrageergebnisse von 1-2%, die neue Protestpartei AfD und die anhaltende Selbstdemontage bieten Anlass zum Zweifel, ob die Partei noch einmal das Ruder herumreißen kann. Der Fall der 3%-Hürde bei der Europawahl bietet den Piraten die Gelegenheit, sich mit neuen Mandatsträgern er-

neut in den Medien zu platzieren. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass sie mit 1-2% weit unter den einstigen Umfrageergebnissen von bis zu 12% aus der Phase des „ungesunden Wachstums“ bleibt (Hensel/Klecha 2013: 51). Vielleicht muss sich die Partei noch einmal neu erfinden, auf jeden Fall muss sie sich selbst finden.

Literatur

- Bartels, Henning (2012): „Die Vorgeschichte: die Urheberrechtsdebatte und die schwedische Piratpartei“, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): „Die Piratenpartei“, S. 15-28, Wiesbaden: VS Verlag.
- Castells, Manuel (2013): "Networks of outrage and hope. Social Movements in the Internet Age", Cambridge: Polity Press.
- Forschungsgruppe Wahlen (2014): „Politik II. Wichtige Probleme in Deutschland“, Webseite Forschungsgruppe Wahlen, http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (aufgerufen 14.03.2014).
- Gamperl, Elisabeth (2013): „Netzbewegung. Kommt jetzt der NSA-Protest?“, ZEIT Online, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-07/nsa-demonstrationen> (aufgerufen 14.03.2014).
- Hensel, Alexander (2013): „Generationskonflikt im Netz“, Göttinger Institut für Demokratieforschung, <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/generationskonflikt-im-netz> (aufgerufen 14.03.2014).
- Hensel, Alexander; Klecha, Stephan (2013): Die Piratenpartei. Havarie eines politischen Projekts? Göttingen: Otto Brenner Stiftung.
- Hofmann, Laura (2013): „Netzbewegung nach Snowden: Die große Stille“, TAZ Online, <http://www.taz.de/!122005/> (aufgerufen 14.03.2014).
- Jun, Uwe (2012): „Die Piraten. Internet-, Bewegungs- und Protestpartei“, in: Sonntag, Karlheinz (Hg.): „E-Protest: neue soziale Bewegungen und Revolutionen“, S. 55-84, Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Kern, Thomas (2008): „Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen“, Wiesbaden: VS Verlag.
- Loher, David (2006): „Rationalität und Selbstinteresse als universeller Maßstab? Kritik des Konzepts des Akteurs in der Ressourcenmobilisierungstheorie“, Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern, http://www.anthro.unibe.ch/unibe/philhist/anthro/content/e297/e1387/e5049/e5061/linkliste5062/ws05-06_loher_ger.pdf (aufgerufen am 14.03.2014).
- Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (1993): „Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen“, in: Soziale Welt, 44, S. 305-326.
- Niedermayer, Oskar (2012a): „Die Piraten im parteipolitischen Wettbewerb: von der Gründung Ende 2006 bis zu den Wahlerfolgen in Berlin 2011 und im Saarland 2012“, in: Ders. (Hg.): „Die Piratenpartei“, S. 29-62, Wiesbaden: VS Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2012b): „Die Wähler der Piratenpartei: wo kommen sie her, wer sind sie und was bewegt sie zur Piratenwahl?“, in: Ders. (Hg.) „Die Piratenpartei“, S. 63-74, Wiesbaden: VS Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2012c): „Einleitung: Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem“, in: Ders. (Hg.): „Die Piratenpartei“, S. 7-14, Wiesbaden: VS Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2012d): „Die netzpolitischen Reaktionen der anderen Parteien auf das Erscheinen der Piratenpartei“, in: Ders. (Hg.): „Die Piratenpartei“, S. 237-257, Wiesbaden: VS Verlag.
- Peter, Christopher John (2009): „Die Piratenpartei. Aufstand der Computerkinder“, STERN Online, <http://www.stern.de/digital/online/piratenpartei-aufstand-der-computerkinder-705496.html> (aufgerufen 14.03.2014).
- Raschke, Joachim (1988): „Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß“, Frankfurt: Campus Verlag.
- Reinbold, Fabian (2014): „Rücktritte im Vorstand: Auflösungserscheinungen bei den Piraten“, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/piratenpartei-ruecktritte-im-vorstand-und-aufloesungserscheinungen-a-959230.html> (aufgerufen 14.03.2014).
- Reißmann, Ole (2011): „Internet-Exhibitionisten „Spackeria“: „Privatsphäre ist sowas von Eighties““, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/internet-exhibitionisten-spackeria-privatsphaere-ist-sowas-von-eighties-a-749831.html> (aufgerufen 14.03.2014).
- Reißmann, Ole (2012): „Piratinen-Buch „Klick mich“: Verloren im Faselmorast“, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/julia-schramm-kritik-zum-piraten-buch-klick-mich-a-856158.html> (aufgerufen 14.03.2014)

- Richter, Saskia (2013): „Paradoxie gesellschaftlicher Revolutionen. Wie Grüne und Piraten den Zeitgeist verloren“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48-49, S. 28-33.
- Roth, Roland; Ruth, Dieter (2008): „Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch“, Frankfurt: Campus Verlag.
- Spiegel Online (21.02.2014): „Streit über Bombergate. IT-Abteilung der Piratenpartei tritt in Warnstreik“, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/it-abteilung-der-piratenpartei-tritt-in-warnstreik-wegen-bombergate-a-954928.html> (aufgerufen 14.03.2014).
- Süddeutsche (17.03.2014): „Parteiquerelen vor Europawahl. Piratenpartei verliert halben Bundesvorstand“, Süddeutsche Online, <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteiquerelen-vor-der-europawahl-piraten-verlieren-halben-bundesvorstand-1.1914650> (aufgerufen 14.03.2014).
- Röll, Franz Josef (2010): „Social Network Sites“, in: Hugger, Kai-Uwe (Hg.): „Digitale Jugendkulturen“, S. 209-224, Wiesbaden: VS Verlag.
- Voß, Oliver (2014): „Richtungsstreit. Austrittswelle in der Piratenpartei“, *Wirtschaftswoche Online*, <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/richtungsstreit-austrittswelle-in-der-piratenpartei/9517322.html> (aufgerufen 14.03.2014).
- Wyputta, Andreas (2014): „Machtkampf bei den Piraten. Noch ein Mann über Bord“, *TAZ Online*, <http://www.taz.de/!134620/> (aufgerufen 30.03.2014).